

Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: www.die-soziale-bewegung.de

Email: info@die-soziale-bewegung.de



Rundmail

7. Juni 2017

Großes Lob durch die FAZ! Wo stehen die Sozialproteste? - Bundesweites Treffen: Samstag, 17. Juni Göttingen

Für „Schnelleser“

- **Wir haben die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums zum Thema gemacht**
- **Sogar die FAZ staunt!**
- **Unser beharrlicher Kampf bringt die Wahrheit ans Licht**
- **Die FAZ interessiert sich besonders für Steuersenkungen. Uns geht es um etwas anderes.**
- **Wesentlich ist die Bereitschaft, dem Kapital weh zu tun**
- **Nächstes bundesweites Treffen: Samstag, 17. Juni in Göttingen**

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit 2005 kämpfen wir für die Triade: Für bessere Bedingungen für Erwerbslose, also gegen sanktionsbewehrtes Lohndumping, für einen gesetzlichen Mindestlohn und für Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche, seit 2006 für 10-30-500 (10 Euro Mindestlohn – 30-Stunden-Woche – mindestens 500 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz).

Diese Ziele haben wir noch lange nicht erreicht. Vor allem nicht geradlinig.

Stattdessen haben wir uns aber in den vergangenen Jahren auf die Forderung nach der Erhöhung des anerkannten Existenzminimums für die gesamte Bevölkerung konzentriert:

Seit 2009 beteiligt sich das ABSP mit seinen Initiativen vor Ort intensiv an der Kampagne für mindestens 500 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien gesetzlichen Mindestlohn (Plattform 500-10 steuerfrei). Seit diesem Jahr, 2017, kämpfen wir gemeinsam mit Bündnispartnern für die Kampagne 600-11 (steuerfrei). Die Forderung zum Eckregelsatz ist auf „mindestens 600 Euro“ aktualisiert. Entsprechend ist die Forderung 11 Euro steuerfreier gesetzlicher Mindestlohn (www.mindestlohn-11-euro.de). Schon seit 2014 konzentrierten wir uns auf die Forderung nach der Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns.

Wir haben die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums zum Thema gemacht

Nachdem anfangs sämtliche Bundestagsparteien für kein Problem hielten, wenn auch sehr niedrige Einkommen in Deutschland schon mit Lohnsteuer belegt werden, lenkte wenigstens die Partei Die Linke 2015 auf ihrem Parteitag endlich ein: Sie beschloss dort in ihrem Leitantrag die Forderung nach der Steuerfreiheit jedes gesetzlichen Mindestlohns.

Mit der im Jahr 2016 beschlossenen Forderung nach einer Erhöhung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer von aktuell im Gesetz stehenden rund 8.800 auf 12.600 Euro pro Jahr (also um fast die Hälfte!) erfüllte der Parteivorstand der Linken den 2015er Beschluss dennoch nicht vollständig. Der von uns in die Gesellschaft getragene Impuls hat aber trotzdem einen enormen Effekt nach sich gezogen.

Auch der DGB fordert in seinem neuen Steuerkonzept einen Grundfreibetrag von immerhin 11.000 Euro pro Jahr. Breite politische Kräfte sind also auf das Problem des viel zu niedrigen steuerlichen Existenzminimums aufmerksam geworden.

Sogar die FAZ staunt!

Am 14.5. stand nun in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass - anders als CDU, CSU, SPD, Grüne und FDP - einzig die Linke verbindliche Zahlen nennen würde, in welcher Weise sie Steuern

für die große Mehrheit senken wolle. Nämlich Einkommen bis 7.100 Euro/Monat brutto, also bis zu Einkommen von 85.000 Euro pro Jahr für einen Alleinstehenden Steuerentlastung! Man kann es im Programmentwurf der Partei nachlesen: Erst über diesem Einkommen soll die Besteuerung im Vergleich zu heute sanft angehoben werden, für Einkommen weit darüber aber immer stärker. Einleitend heißt es in dem Artikel der FAZ: "*Fast alle*" [...] "*führen die Wähler hinteres Licht*". Die eigentliche Auflösung der Frage „Warum ‚fast‘ alle?“, „Wer ist in den Augen des FAZ-Redakteurs die rühmliche Ausnahme?“ folgt dort im letzten Absatz:

„Dass die übrigen Parteien mit ihrer geballten Wirtschaftskompetenz die Steuerpolitik nach links außen delegieren, ist ein Armutszeugnis - oder, deutlicher formuliert: ein großer Steuerbetrug.“

www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/kommentar-der-grosse-steuerbetrug-15014510.html

Unser beharrlicher Kampf bringt die Wahrheit ans Licht

Nur wer Reichtum deutlich höher besteuern will, kann die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit verbessern. Steuergeschenke fürs Kapital finden ihren dreistesten Ausdruck in der Besteuerung des Existenzminimums von Erwerbstätigen auf der anderen Seite. Dagegen vorzugehen, stellt ein gesamtes Steuerkonzept vom Kopf wieder auf die Füße. Dieses Verdienst können sich die Sozialproteste ans Revers heften. Die FAZ wird darauf aufmerksam, dass die Linke auf diese Weise die Steuern für die große Mehrheit senken will. Wir wissen es: Sie will dies drei- bis vier Mal so kräftig tun wie die SPD. Nach dem Steuerkonzept der Linken soll z.B. wer 3.400 Euro im Monat verdient, pro Jahr rund 1.500 Euro weniger Steuern zahlen als er derzeit entrichten muss. Nach dem, was bisher an Vorstellungen der SPD bekannt geworden ist, soll die Entlastung in diesem Einkommensbereich in der Größenordnung von nur 500 Euro pro Jahr liegen. Wer nicht ans Kapital ran will, der hat auch nichts in der Hand.

Die FAZ interessiert sich besonders für Steuersenkungen. Uns geht es um etwas anderes.

Was die FAZ, die wohl uns allen als Kampfblatt des deutschen Kapitals bekannt ist, nicht erwähnt: Durch die Besteuerung von echtem Reichtum will Die Linke 180 Mrd. Euro pro Jahr Mehreinnahmen generieren.

Zum Beispiel allein durch eine Vermögensteuer (trotz Freibetrag für Privatleute: 1 Million Euro steuerfrei; für Betriebe: 5 Millionen Euro steuerfrei) könnten 80 Mrd. Euro Mehreinnahmen jährlich gewonnen werden.

Besteuerung von Megaeinkommen: Einkommen über 1 Million Euro pro Jahr sollen mit 75 Prozent besteuert werden. Das heißt von jedem Euro des Einkommens einer alleinstehenden Person, der über eine Million pro Jahr hinaus geht, sollen 75 Cent als Steuern einbehalten werden. Mit 180 Mrd. Euro mehr pro Jahr könnten Krankenhäuser, Schulen, Hochschulen, KiTas, alle kommunalen Aufgaben, Straßen, Wohnungsbau, Wasser und Energie... - das alles wieder durch die öffentliche Hand in guter Qualität, für alle bezahlbar und durch gut bezahlte Arbeitskräfte erledigt werden. Zur Zeit sind dies zunehmend die Spekulationsobjekte für eine kleine Minderheit, die auch durch Steuergeschenke immer reicher geworden ist.

Wesentlich ist die Bereitschaft, dem Kapital weh zu tun

Was wir schon immer gesagt haben: Kein einziger Mensch mit mittlerem Einkommen müsste mehr Steuern zahlen, damit der Hartz-IV-Eckregelsatz entsprechend dem tatsächlichen Existenzminimum auf mindestens 600 Euro korrigiert werden könnte. Der aktuelle Entwurf für das Bundestagswahlprogramm der Linken zeigt das deutlich. Auch sämtliche in der Tagespolitik ständig wieder aufkommenden Probleme, für deren Lösung größere Mengen Geld notwendig sind, lassen sich im Interesse aller Lohnabhängigen aus der Welt schaffen.

Statt durch einen Hunger-Eckregelsatz und Schikanen den Druck auf Erwerbslose und damit auch auf alle Lohnabhängigen zu erhöhen, darf es zum gesetzlichen Mindestlohn keine Ausnahmen geben. Seit Beginn der 90er Jahre sind alleine im öffentlichen Dienst in Deutschland 2 Millionen Stellen gestrichen worden. Alleine in der Pflege fehlen laut ver.di 160.000 Stellen. Auch um all dies wieder in Ordnung zu bringen, wieder gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitszeit kollektiv zu verkürzen, braucht es das Geld der Reichen.

Die Programmatik der Linken zeigt, dass alle diese Fragen leicht im Interesse der allergrößten Mehrheit zu beantworten wären, incl. des weitgehendsten Konzeptes zur Steuersenkung für die Mehrheit.

Es stellt sich für uns die Frage: Warum hören wir noch zu wenig darüber von der Linken selbst?

Es ist doch eigentlich sehr attraktiv:
Steuersenkungen für die Mehrheit, trotzdem 180 Mrd. Euro mehr für's Gemeinwohl!

Nächstes bundesweites Treffen: Samstag, 17. Juni in Göttingen

Wir laden Euch zum nächsten bundesweiten Treffen nach Göttingen ein.

Zeit: 17. Juni 2017, 12 bis 17 Uhr

Ort: Göttingen, Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Str. 72

Anreisebeschreibung:

www.die-soziale-bewegung.de/mails/ortsbeschreibungen/Anreise_Goettingen_AuL.pdf

Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde
2. Rentendesaster – Rente zum Leben!
3. Nächste Schritte für die Sozialproteste – Bilanz und Planungen
4. Weitere Themen der Sozialproteste
5. Aktuelles

Dank finanzieller Unterstützung aus privater Quelle ist eine Erstattung Eurer Reisekosten zum bundesweiten Treffen in Göttingen wie üblich bis zu 75 Prozent der Euch tatsächlich entstehenden Kosten, direkt beim Treffen, möglich.

Nutzt bitte die preiswerteste Fahrtmöglichkeit (in vielen Fällen ist das Wochenendticket am günstigsten) und bildet Fahrgemeinschaften.

Eingeladen ist jede und jeder Interessierte. Für Verpflegung wird gesorgt sein.

Meldet Euch gerne per E-Mail an edgar.schu@die-soziale-bewegung.de oder telefonisch (siehe unten) vorher an, damit wir besser planen können.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Inge Mohr-Simeonidis, Peter Moser, Edgar Schu, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

Kontaktdaten aller Kreismitglieder:

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

Vernetzungsbüro: Edgar Schu, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an info@die-soziale-bewegung.de